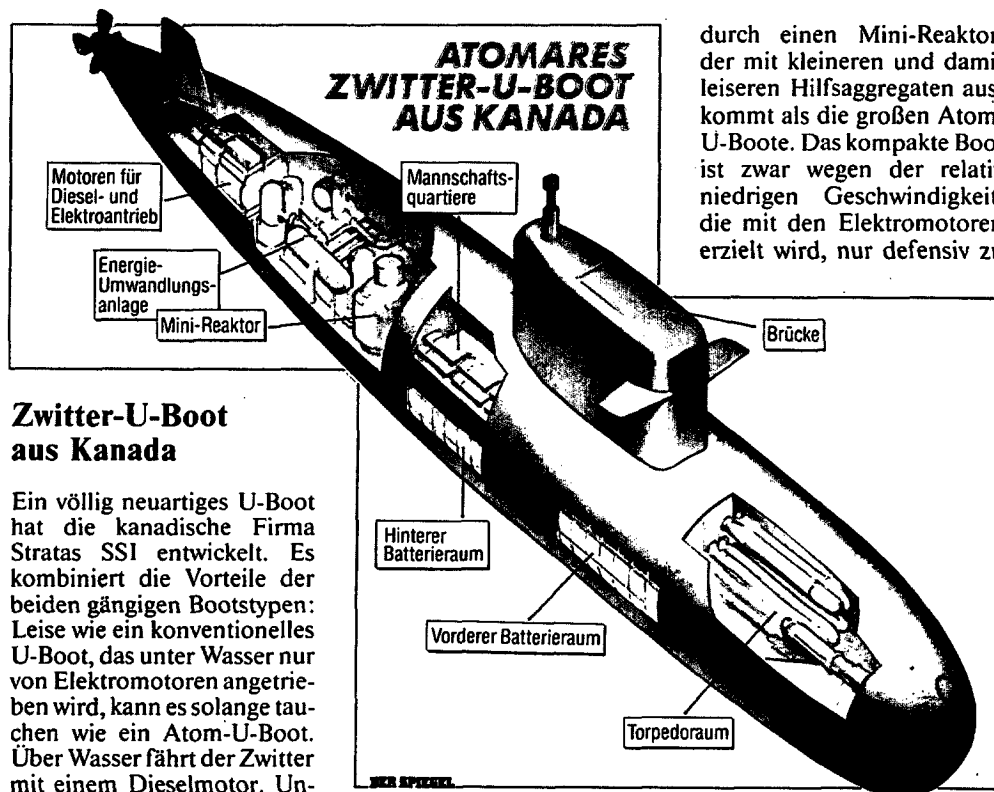




Zwitter-U-Boot aus Kanada

Ein völlig neuartiges U-Boot hat die kanadische Firma Stratas SSI entwickelt. Es kombiniert die Vorteile der beiden gängigen Bootstypen: Leise wie ein konventionelles U-Boot, das unter Wasser nur von Elektromotoren angetrieben wird, kann es solange tauchen wie ein Atom-U-Boot. Über Wasser fährt der Zwitter mit einem Dieselmotor. Unter Wasser kann er mit seinen Elektromotoren wochenlang nahezu geräuschlos patrouillieren. Konventionelle U-Boote müssen zum Aufladen der Batterien mindestens auf Schnorchelhöhe hochgehen,

um den dieselbetriebenen Generator anwerfen zu können. Dabei droht Entdeckungsgefahr. Das Stratas-Boot dagegen gewinnt Elektrizität luftunabhängig –

durch einen Mini-Reaktor, der mit kleineren und damit leiseren Hilfsaggregaten auskommt als die großen Atom-U-Boote. Das kompakte Boot ist zwar wegen der relativ niedrigen Geschwindigkeit, die mit den Elektromotoren erzielt wird, nur defensiv zu

verwenden. Mit 250 Millionen Dollar verschlingt es jedoch auch nur ein Fünftel der Baukosten eines atomgetriebenen Jagd-U-Bootes der USA.

Geld und Schnaps für Chinas Kader

Chinas Bürger sollen helfen, den Partei- und Staatsapparat von korrupten Genossen zu säubern. Per Telefon (Peking: 202 53'91) können sie unsaubere Praktiken von KP-Kadern und Regierungsfunktionären anzeigen. In der 47 Millionen Mitglieder zählenden Partei sind Vorteilsnahme, Schiebereien und Erpressungen weit verbreitet. Im vergangenen Jahr wurden wegen solcher Delikte 109 000 KP-Mitglieder verfolgt. In der nordchinesischen Stadt Tianjin waren in 33 Prozent aller aufgedeckten Bestechungsfälle Parteimitglieder verwickelt. Sie nahmen Geld, Farbfernseher, Möbel, Zigaretten, Ventilatoren, Schnaps, Kleidung und Schuhe. Unterlagen, die aus Versehen bei den Nachforschungen über den Verbleib des Marcos-Vermögens veröffentlicht worden seien, sollen sogar belegen, daß Chinas Nomenklatura Millionenbeträge auf Nummernkonten bei Züricher Banken deponiert hat.

Polens Jugend strömt zur Kirche

Die kommunistische Führung Polens ließ jetzt offen erkennen, daß ihr Einfluß auf die Jugend der tiefkatholischen Nation trotz jahrzehntelanger atheistischer Indoktrination praktisch gleich Null ist. Eine vom Direktor des staatlichen Meinungsforschungsinstituts CBOS, Oberst Stanislaw Kwiatkowski, veröffentlichte Umfrage unter den Abschlußjahrgängen von höheren Schulen und Berufsschulen ergab, daß sich 98 Prozent der jungen Leute mit der Kirche verbunden fühlen. Die restlichen zwei Prozent bezeichnen sich zwar als „ungläubig“, besuchen aber ebenfalls die Sonntagsmesse. Kirchenfürchtig erweisen sich die Schulabgänger auch in ihrem Sexualleben. Knapp die Hälfte der Befragten ist

nach eigenen Angaben noch ohne jede Erfahrung auf diesem Gebiet, 20 Prozent verweigerten die Aussage. 17,4 Prozent der Abiturienten finden sporadisch Vergnügen am Sex, nur 5,1 Prozent regelmäßig. Sieben Prozent haben es einmal versucht – und leben seither, dem polnischen Papst gefällig, sexuell enthaltsam.

Ärger um neue Kommissare

EG-Kommissionspräsident Jacques Delors ist verstimmt: Ohne ihn zu konsultieren, entsenden die EG-Mitgliedsländer neue Kommissare nach Brüssel. So hat London jüngst den Thatcher-Vertrauten und früheren Innenminister Leon Brittan sowie den einst stramm europafeindlichen Sozialisten Bruce Mil-lan für die Spitzenjobs be-



Delors

nannt, Belgien den Proporz-Flamen Karel van Miert. Verärgert ist Delors vor allem darüber, daß für die Neuen so kompetente Kollegen wie Lord Cockfield und Willy de Clercq weichen müssen. Der Grieche Grigoris Varfis, der Luxemburger Nicolas Mosar und der Italiener Ripa di Meana, von Delors weniger geschätzt, werden dagegen wohl bleiben.

Rheinmetall: Fäden zur Iran-Affäre?

US-Ermittler in der Iran-Contra-Affäre haben wegen des Verdachts illegaler Waffengeschäfte den Berner Unternehmer Walter Demuth verhaften und in die USA ausliefern lassen. Demuth soll die Lieferung von Waffen – unter anderem von 300 Kanonen des Düsseldorfer Waffenkonzerns Rheinmetall – in den Iran und an die Contras vermittelt haben. Auch deutsche Staatsanwälte ermitteln gegen den Schweizer. Rheinmetall-Manager gaben bislang bei den Vernehmungen an, ihnen sei als Abnehmer nicht der Iran, sondern das Nato-Land Türkei genannt worden. Von dem Schweizer Waffenschieber erhofft sich die Staatsanwaltschaft Erkenntnisse über die Beteiligung deutscher Manager und Firmen an der Iran-Contra-Affäre.